Bundeskanzleramt

Bundesministerin für
Europa, Integration und Familie

Geschäftszahl:
BKA: 2025-0.351.690

9/9
Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

30 Jahre Österreich in der Europäischen Union

Österreich feiert heuer 30 Jahre Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Der Beitritt ist bis heute ein Meilenstein in der Geschichte der Zweiten Republik und für unser Land zweifellos die wichtigste politische Grundsatzentscheidung der jüngeren Vergangenheit.

Der Weg zum Beitritt war kein einfacher. Was u.a. mit der erfolgreichen Besiegelung der Südtirolautonomie als Voraussetzung für die grundsätzliche Zustimmung Italiens einer EU Mitgliedschaft Österreichs und mit der Überreichung des „Briefes nach Brüssel“ im Juli 1989 begann, führte nach intensiven Verhandlungen unter der Führung von Franz Vranitzky und Alois Mock letztendlich zum erfolgreichen Abschluss der Beitrittsverhandlungen am 1. März 1994. Dabei gelang es mit harter Arbeit, Beharrlichkeit, politischem Mut und großer Überzeugungskraft im Inland wie im Ausland Zweifel und Widerstand zu überwinden. Bei der Volksabstimmung am 12. Juni 1994 sprach sich eine deutliche Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher für den EU-Beitritt und die dafür notwendigen Änderungen der Bundesverfassung aus. Damit konnte Österreich am 1. Jänner 1995 gemeinsam mit Finnland und Schweden der Europäischen Union beitreten.

Durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union rückte Österreich von der Peripherie ins Herz des europäischen Kontinents und wurde zum wesentlichen Mitgestalter einer gemeinsamen europäischen Zukunft. Österreich führte bisher dreimal (1998, 2006, 2018) erfolgreich den Vorsitz im Rat der EU und konnte dort wichtige Akzente setzen. Dank der 2004, 2007 und 2013 erfolgten Erweiterung in Richtung Osten und Südosten konnte der Frieden und die Stabilität in unserer unmittelbaren Nachbarschaft abgesichert werden. Die Mitgliedschaft erlaubte uns auch die volle Teilnahme am Binnenmarkt, der für uns als exportorientiertes Land enormes Wirtschaftswachstum und unsere weltweit einzigartige österreichische Lebensqualität ermöglichte. Mit rund 447 Mio. Bürgerinnen und Bürgern und 23 Mio. Unternehmen ist die Europäische Union der größte Binnenmarkt der Welt

und bietet durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit große Arbeitsmarktchancen. Die daraus entstandenen Vorteile sind vielfältig:

- Als exportorientierte Volkswirtschaft wickelt Österreich rund 70% des Außenhandels mit anderen EU-Mitgliedstaaten ab und konnte seine Exporte in diese Länder seither vervierfachen (von 33 Mrd. Euro 1995 auf 137 Mrd. Euro 2023).
- Die Einführung des Euro als gemeinsame, etablierte Währung erleichtert das Reisen innerhalb des Euroraums und fördert durch seine Stabilität und weltweite Etablierung den Außenhandel der österreichischen Volkswirtschaft.
- Der Europäische Reisepass ermöglicht visumfreies Reisen innerhalb des Schengenraums, außerhalb der EU erhalten EU-Bürgerinnen und -Bürger bei Passverlust oder in Notlagen konsularischen Schutz auch durch Botschaften und Konsulate anderer EU-Mitgliedstaaten.
- Dank der EU-Roaming-Verordnung zahlen die EU-Bürgerinnen und -Bürger im EU-Ausland denselben Tarif wie in ihrem eigenen EU-Mitgliedstaat.
- Die EU-weite Marktüberwachung gewährleistet Verbraucherinnen und Verbrauchern den Zugang zu sicheren Produkten.
- Seit 1987 haben über 16 Millionen Europäerinnen und Europäer, darunter mehr als 400.000 aus Österreich, dank des EU-Mobilitätsprogramms „Erasmus+“ in einem anderen Land gelernt, studiert, Praktika absolviert oder sich als Freiwillige engagiert.
- Seit über 60 Jahren unterstützt die Gemeinsame Agrarpolitik die EU Landwirtinnen und Landwirte finanziell, fördert Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen und belebt den ländlichen Raum. Rund 1,8 Milliarden Euro jährlich fließen aus dem EU-Haushalt nach Österreich.
- Die hohen EU-weit geltenden Standards in den Bereichen Umwelt- und Konsumentenschutz kommen den Österreicherinnen und Österreichern und unserer Umwelt zugute. Zugleich profitieren rund 24 Mio. Unternehmen vom gemeinsamen Binnenmarkt, generieren ein jährliches Bruttoinlandsprodukt von rund 14 Billionen Euro und schaffen somit Wohlstand für alle EU-Bürgerinnen und –Bürger.
- Dank EU-Fördergeldern in der Höhe von nahezu acht Milliarden Euro allein für regionalpolitische Projekte konnten in den vergangenen 30 Jahren ehemals strukturschwache Regionen enorm von der EU-Mitgliedschaft profitieren.

Die Europäische Union ist aber mehr als eine reine Wirtschaftsgemeinschaft: Ihre Grundrechte und Werte bilden das Fundament für das demokratische Zusammenleben in Europa, der gemeinsame Rechtsrahmen in den Bereichen Justiz und Inneres erhöht die Rechtssicherheit für Bürgerinnen und Bürger und Wirtschaftstreibenden und die Effizienz grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Die EU fördert den wirtschaftlichen, sozialen und

territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten. Die EU ermöglicht ihren Bürgerinnen und Bürgern ein Europa ohne Grenzen und ist durch die engen wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen ihrer Mitgliedstaaten und die Zusammenarbeit in gemeinsamen europäischen Institutionen ein Garant für Frieden und Wohlstand auf unserem Kontinent.

Österreichs Rolle in der Welt und seine Verankerung in Europa sind in Zeiten zunehmender geopolitischer Unsicherheit wichtiger denn je. Immer öfter stehen wir vor Herausforderungen, die kein Land in Europa mehr alleine bewältigen kann. Die EU schützt uns, sie gibt uns Handlungsspielraum, sie sichert unseren Frieden und unseren Wohlstand. Selbstverständlich ist auch die EU nicht perfekt und muss sich weiterentwickeln, wenn sie auch in Zukunft erfolgreich sein will. Die österreichische Bundesregierung bekennt sich klar zur Europäischen Union und ihren Werten und bekennt sich ebenso zu ihrer Verantwortung, einen Beitrag zur Weiterentwicklung der EU zu leisten. Österreich wird innerhalb der EU eine hörbare Stimme für die gemeinsamen EU-Werte Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sowie sozialen Zusammenhalt bleiben. Die Bundesregierung tritt für ein Europa ein, das die wirtschaftliche Basis und den Zusammenhalt ihrer Bürgerinnen und Bürger stärkt, deren Freiheit schützt und die gemeinsame Zukunft sichert. Dabei ist für uns klar, dass das Subsidiaritätsprinzip ein zentraler Baustein ist und wir für eine Europäische Union eintreten, die regelt, aber nicht reguliert. Österreich wird auch weiterhin ein stabiler, konstruktiver und verlässlicher Partner auf EU-Ebene sein.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle den Bericht zur Kenntnis nehmen.

7. Mai 2025

Claudia Plakolm
Bundesministerin